

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

150 (15.7.1950)

Dertinger am Ende seiner Kunst?

Ackermann angeblich Nachfolger
Berlin (UP). Die Westberliner Zeitungen prophezeien den baldigen Rücktritt des Außenministers der Ostzonenregierung, Dertinger. Sein Stellvertreter, Ackermann (SED), Mitglied des kommunistischen Politbüros, soll, den Zeitungen zufolge, zu seinem Nachfolger aussuchen sein.

**Der Bundeskanzler in Luzern
14 Tage Erholung in der Schweiz**

Luzern (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer traf in Begleitung seiner Tochter Charlotte und einem kleinen Arbeitstab von vier Sekretären in Luzern ein. Adenauer wird sich zwei Wochen zur Erholung in dem Schweizer Kurort aufhalten. Sein Stab wird mit der Bundeshauptstadt und der deutschen Delegation bei der Schumanplan-Konferenz in ständiger Verbindung bleiben.

**„Tag der Bastille“ in Frankreich
Festtag für Paris und die Provinz**

Paris (UP). Frankreich feierte seinen höchsten nationalen Festtag — Bastille-Tag — am 14. Juli mit Paraden, Ansprachen, Feuerwerk und Tanz auf den Straßen. In Paris nahm Staatspräsident Auriol bei leichtem, rieselndem Regen die Truppenparade ab, fast 10 000 Soldaten marschierten mit ihren modernsten Waffen in der traditionellen „Bastille-Tag-Parade“ die breiten Champs-Élysées hinauf. Nach der Parade fand ein Empfang für die diplomatische Corps statt. Die Politiker nahmen die Gelegenheit dieses Feiertages, an dem der Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 durch die Republikaner gedacht wird, zur Organisierung von Umzügen und öffentlichen Reden wahr. Mit einem gewaltigen Feuerwerk und Volksbelustigungen bis spät in die Nacht hinein wurde der „Bastille-Tag“ beendet. Am lebhaftesten ging es in Paris zu. Hier wurden gleich an sieben verschiedenen Stellen die Feuerwerkskörper in die Luft gejagt.

**Belgrad protestiert in Sofia
Abstellung der Grenzverletzungen gefordert**

Belgrad (UP). Das jugoslawische Außenministerium hat der bulgarischen Gesandtschaft eine Note überreicht, in der gegen mehrere Grenzverletzungen durch bulgarische Truppen protestiert wird. In der Note wird erklärt, daß am Donnerstag von bulgarischer Seite vier Fälle von Grenzverletzungen erfolgt seien. Jugoslawien verlangt energische Maßnahmen, um die Wiederholung solcher Provokationen zu verhindern.
Das Organ der Kommunistischen Partei Ungarns, „Szabad“, gab zu, daß ein „gewisser Teil“ der in der Nähe der jugoslawischen Grenze lebenden Bevölkerung evakuiert worden sei. Die jugoslawischen Meldungen von Evakuierungen größerer Stills wurden jedoch von dem Blatt nachdrücklich dementiert.

**Pétain besser untergebracht
Der Prozeß wurde wieder aufgenommen**

11e d'Yeu (UP). Der zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilte ehemalige französische Marschall Pétain ist im Armeefängnis auf der Insel d'Yeu besser untergebracht worden. Er erhielt im unteren Stock drei Räume mit einem Badezimmer, während er sich bisher mit einem einzigen Raum begnügen mußte. Eine Krankenschwester wird stets zur Stelle sein, um ihm erforderlichenfalls Hilfe zu leisten. Der Prozeß gegen Marschall Pétain ist in der letzten Woche vom obersten Gericht wiederaufgenommen worden. Die Gefängnisverwaltung teilt mit, daß Pétains Gesundheitszustand gut ist. Seine Frau darf ihn täglich besuchen.

**Nordatlantikrat am 25. Juli
Außenminister-Stellvertreter versammeln sich**

Washington (UP). Der Sprecher des amerikanischen Außenministeriums, White, teilte mit, daß die Außenminister-Stellvertreter für den Nordatlantik-Rat am 25. Juli in London zusammentreffen werden. Er bezeichnete ferner die Londoner Tagung des Rats als organisatorisch.

**Kommunisten in Tibet einmarschiert
Grenze von Süden her überschritten**

Hongkong (UP). Ein in Hongkong aus Formosa eintreffender Bericht besagt, daß 20 000 Mann chinesisch-kommunistischer Truppen in Tibet eingedrungen seien. Aus „gut unterrichteten Quellen“ wird berichtet, daß die in Tibet eindringenden Truppen der ersten Feld-Armee General Peng Teh-Wei's angehört und die Grenze vom südlichen Sinkiang her überschritten. Einzelheiten über der Einmarsch liegen bisher nicht vor.

VOM TAGE

Wirtschaftliche Lage Berlins konsolidierter. Der Beauftragte der Bundesregierung für Westberlin, Dr. Voegel, erklärte in Bonn, daß sich die Wirtschaftslage Berlins in den letzten Monaten merklich konsolidiert habe. Die Produktionsentwicklung Berlins lasse sich aber keineswegs mit der westdeutschen vergleichen.
Katholischer Verbandstag eröffnet. Der 18. Verbandstag der Deutschen katholischen Arbeiterbewegung wurde in Gelsenkirchen eröffnet. 150 Delegierte nahmen an der Tagung teil.

Kolchosen-Wirtschaft für Ostzonen. Die Einführung der Kolchosen-Wirtschaft ist auch für die Ostzone endgültig vorgesehen, erklärten drei nach Westberlin geflüchtete Mitglieder der mecklenburgischen Raiffeisen-Genossenschaften.
Auflösung der indonesisch-holländischen Armee. Die königlich-indonesisch-holländische Armee wird mit Wirkung vom 26. Juli aufgelöst werden.

Fortführung der Subventionen?

Eingehende Debatten über Brotpreise und Arbeitsbeschaffungsprogramm

Bonn (UP). Der deutsche Bundestag beschloß am Freitag mit Mehrheit, von der Bundesregierung die Wiederaufnahme der Subventionen für Brotgetreide und Düngemittel zu fordern. Mit diesem Beschluß fand eine wochenlange Diskussion über die Gefahr einer Brotpreissteigerung ihren vorläufigen Abschluß.
Nach dem Fortfall der Subventionen für Brotgetreide am 30. Juni hatte die Regierung versichert, daß sie keine Steigerung des Brotpreises zulassen werde. Dennoch wurde das Brot in vielen Städten Westdeutschlands kurz darauf erheblich teurer, da das Mehl zu höheren Preisen eingeführt werden mußte.

Dem Verlangen des Bundestages — von der SPD u. KPD mit Unterstützung einiger CDU-CSU-Abgeordneter bei Stimmenthaltung aller anderen Fraktionen vorgebracht — war eine mehrstündige Aussprache über die steigenden Brotpreise vorausgegangen. In dieser Debatte warnte vor allem die SPD vor den möglichen Folgen einer weiteren Verteuerung des Brotes und wies auf gewerkschaftliche Gegenaktionen hin.
Bundesfinanzminister Schäffer erläuterte, daß er keine Mittel für die erneute Aufnahme von Subventionen zur Verfügung habe.

Der Abgeordnete der SPD, Kriedemann, warnte in der Begründung des Antrages, daß der Fortfall der Subventionen das Vertrauen der Bevölkerung in Zusicherungen des Bundeskanzlers erschüttern würde. Er wandte sich insbesondere gegen die Absicht der Regierung, durch Einführung einer Margarineausgleichs-gabe den Preisrückgang für Brotgetreide auf die Verbraucher abzuwälzen. „Wenn die Preise für Brot und Margarine, die Hauptnahrung der Bevölkerung, ansteigen, werden die Gewerkschaften auf Erhöhung der Löhne drängen müssen“, betonte Kriedemann.
Bundesfinanzminister Schäffer erwiderte, daß die Bundesmittel nicht ausreichen, die Subventionen ohne Deckungsmöglichkeit weiter zu zahlen, besonders nicht, da dem Bundeshaushalt durch den Lastenausgleich und das Versorgungsgesetz in Kürze neue Verpflichtungen entstehen werden. Die Ziele der Bundestagung in der Brotpreispolitik legte der Bundesernährungsminister Niklas dar. Er versicherte, daß die Regierung eine Erhöhung des Brotpreises nicht zulassen werde. Vorschläge des Mehl- und Backgewerbes, qualitativ minderwertigere Brotsorten zu den bisher üblichen Preisen zu backen, wurden auch von dem Kabinett auf seiner letzten Sitzung abgelehnt, gab Niklas bekannt, nachdem die Vertreter des Bundeswirtschafts- und des Ernährungsministeriums bereits vorher die gleiche Entscheidung getroffen hatten. Die Verhandlungen zur Lösung des Brotpreisproblems sollen fortgesetzt werden.

Der SPD-Antrag wurde von einem CDU-Sprecher unterstützt, der darauf hinwies, daß auch in anderen Ländern subventioniert würde, und daß beim Versagen anderer Mittel der Brotpreis durch Subvention gehalten werden müsse.
Die Arbeitsbeschaffung
„Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung kann als teilweise erfolgreich angesehen werden“, erwiderte Bundesarbeitsminister Storch auf Vorwürfe der SPD, daß es der Regierung nicht gelungen sei, dem Arbeitslosenproblem die SPD die Regierung auf, Auskunft über Kreditmaßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu geben. SPD-Abgeordneter Kurzbahn, der für die Interpellanten sprach, führte aus, daß die Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet von 450 000 im Juni 1948 auf 1 540 000 im Juni 1950 gestiegen sei, ohne daß sich die Zahl der Beschäftigten wesentlich erhöht habe. Die Rückläufigkeit der Arbeitslosenziffer im letzten halben Jahr bezeichnete der Sprecher als alarmierend. Die SPD verlange aber ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das unabhängig von solchen Schwankungen eine wesentliche Erleichterung für den Arbeitsmarkt bringe.
Bundesarbeitsminister Storch erklärte, daß die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt im letzten Jahre um vier Prozent gestiegen ist. Bei den augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen sei eine Vollbeschäftigung jedoch nicht zu erreichen. Er versicherte, daß die Regierung alle Maßnahmen zur Lösung des Arbeitslosenproblems anwenden werde und appellierte dabei an die Opposition, diese Arbeit nicht durch unschöne Kritik zu erschweren.

In der anschließenden Debatte kritisierte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister (Prof. Nötting) das „Fehlen jeder Konzeption“ bei dem Arbeitsbeschaffungsprogramm und sagte, daß die notwendige Planung für ein solches Programm bei einer Regierung, die die freie Marktwirtschaft vertritt, eine „Sünde wider das Blut gewesen wäre.“ Ein Antrag der SPD wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Der Bundestag beschäftigte sich dann mit einer Interpellation der SPD-Fraktion, in der die Bundesregierung um Auskunft erfragt wird, warum sie dem Hessischen Kupferschieferbergbau in Sontra (Nordhessen) trotz entsprechender Aufträge keine Unterstützung gewährt habe. Das Bundeswirtschaftsministerium ließ durch Staatssekretär Schältejew zusichern, daß aus dem zweiten Arbeitsbeschaffungsprogramm Mittel für die Unterstützung der Sontra-Werke bereitgestellt werden sollen.

Die FDP warnt

Bonn (UP). Die Fraktion der FDP des Bundestages wird sich ernsthaft mit dem Gedanken beschäftigen, ob sie ihre Minister im Kabinett Adenauer nicht zurückziehen solle, nachdem der Bundestag mit Unterstützung der CDU die Wiedereinführung der Subventionen beschlossen hat. Führende Abgeordnete der FDP sprachen der United Press gegenüber von „einem Verrat an der Koalition“, den die CDU/CSU durch Billigung eines sozialdemokratischen Antrags auf erneute Subventionierung des Brotgetreides begangen habe.

Geheimhaltung des Bundesrats

Bonn (UP). Bundesfinanzminister Schäffer erklärte in einer Geheimhaltung des Bundesrats, daß die von Bundestag beschlossene Fortführung der Subventionen undurchführbar sei, da er keine Mittel zur Verfügung habe. Der Minister sagte, daß es nicht darauf ankomme, die Mittel zum 1. Oktober bereit zu haben, sondern man müsse wissen, wo man das Geld jetzt hernehmen solle.
Die Sitzung erledigte im Übrigen von sieben Punkten der Tagesordnung nur die ersten drei: Brotpreis, Ausgleichs-gabe für Margarine und Stand der Verhandlungen in Paris.

Bundesregierung überrascht

Bonn (UP). Die Bundesregierung hat nicht damit gerechnet, daß der SPD-Antrag über die Wiedereinführung der Subventionen die Billigung der Mehrheit des Bundestages finden würde.
Diese Mitteilung machte ein Regierungssprecher in Bonn vor der Presse. Er kündigte an, daß die Regierung „so schnell wie möglich“ zu dem Auftrag des Bundestages Stellung nehmen werde. Der Regierungssprecher sagte, der Beschluß des Bundestages habe eine ganz andere Linie genommen als die Bundesregierung dies erwartete. Er könne zur Stunde noch keine Erklärung der Regierung dazu geben. Wie man aber hört, will die Bundesregierung am Samstag über die neu entstandene Lage beraten.

Schäffer denkt nicht an Rücktritt

Bonn (UP). „In dem Streit um die Subventionen kann ich nur mit dem bekannten Karnevalsspiel antworten: Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?“, erklärte Bundesfinanzminister Schäffer vor Pressevertretern. „Ich weiß jedenfalls nicht, woher ich die notwendigen 600 bis 800 Millionen DM nehmen soll, meine Kritiker müssen mir schon eine Quelle sagen.“ Auf die Frage, ob er in diesem Zusammenhang Rücktrittsabsichten hege, meinte der Minister lakonisch, „vorläufig jedenfalls nicht“.

Prager Abkommen für nichtig erklärt

Bonn (UP). Der deutsche Bundestag hob in seiner letzten Sitzung, mit Ausnahme feierlicher Einspruch des Bundestages, das Prager Abkommen für nichtig erklärt.
Bonn (UP). Der deutsche Bundestag hob in seiner letzten Sitzung, mit Ausnahme feierlicher Einspruch des Bundestages, das Prager Abkommen für nichtig erklärt.

Feierlicher Einspruch des Bundestages

Bonn (UP). Der deutsche Bundestag hob in seiner letzten Sitzung, mit Ausnahme feierlicher Einspruch des Bundestages, das Prager Abkommen für nichtig erklärt.

Wo sind die deutschen Kriegsgefangenen?

Noten der Westmächte an die Sowjetunion

London (UP). Gegen die Zurückhaltung von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion haben die Vereinigten Staaten Großbritannien und Frankreich bei der Sowjetregierung protestiert.

In getrennten aber gleichlautenden Noten wird die sowjetische Behauptung vom 5. Mai dieses Jahres, daß bis auf 13 456 „Kriegs-verbrecher“ und 14 Kranke sämtliche Gefangenen nach Deutschland entlassen worden seien, als „unglaubwürdig“ zurückgewiesen. Die Westmächte fordern die Sowjetregierung auf, der Bildung einer internationalen Kommission zuzustimmen, die in der Sowjetunion prüfen soll, ob noch Kriegsgefangene zurückgehalten werden. Gleichzeitig soll die Sowjetregierung die Anklagepunkte bekanntgeben, nach denen die angeblichen Kriegsverbrecher verurteilt wurden. Ihnen solle auch der Briefwechsel mit ihren Angehörigen gestattet werden. Ferner wird die Sowjetunion aufgefordert, anzugeben, welche Kriegsgefangenen gestorben sind, wo sie begraben wurden und was die Todesursache gewesen ist. Auch soll mitgeteilt werden, wie die 14 Kranken behandelt werden. Schließlich soll sich die sowjetische Regierung zu der Beschuldigung äußern, daß sie Kriegsgefangenen ihren Status entzogen habe, sie als „Zivilarbeiter“ bezeichne und somit die Kriegsgefangenenlisten reduziert habe.
In den Noten wird die Sowjetunion auf

Erneuerungen der deutschen Bundesregierung hingewiesen, nach denen mehrere Zehntausende von Deutschen noch nicht zurückgekehrt seien, obwohl ihre Angehörigen Nachrichten hielten, daß sie sich in sowjetischen Lagern befänden. Mit der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen verstoße die Sowjetregierung gegen alle Grundsätze der Menschlichkeit.

Marsillaise im Brüsseler Parlament

Zunehmende Spannungen in Belgien
Brüssel (UP). Die belgischen Sozialisten stimmten im belgischen Parlament die Marsillaise an. Die Sitzung, die sich mit der Rückkehr König Leopolds beschäftigte, wurde daraufhin unterbrochen und nach 20 Minuten wieder aufgenommen. Es ist dies das zweite Mal in der belgischen Geschichte, daß ein anderes Lied als die belgische Nationalhymne im Parlament gesungen wird. Der erste Fall ereignete sich am letzten Donnerstag, als die Sozialisten „Nieder mit dem Klerus“ sangen. 30 000 Arbeiter sind aus Protest gegen die Rückkehr König Leopolds in Mons in der Nähe der französischen Grenze, in den Streik getreten. Vereinzelt Streiks brachen ebenfalls in Charleroi, Namur, Lüttich und Verviers aus. Das sozialistische Parteiorgan „Le Peuple“ sagte voraus, daß diese Streiks bis zum „Thronverzicht“ König Leopolds fortdauern würden.

der Kommunisten, feierlich Einspruch gegen das zwischen der Ostzonenregierung und der Prager Regierung getroffene Abkommen, das die Austreibung der Sudetendeutschen als „unabhängig, gerecht und endgültig“ anerkennt.

Gleichzeitig richtete der Bundestag an die „Gesamtheit der freien Völker“ den Appell, im Geiste der Atlantikcharta für eine Friedensordnung einzutreten. „In der die natürlichen Rechte auch der Deutschen gewahrt werden. In der vom Bundestagspräsidenten Köhler verlesenen Protesterklärung wird das Prager Abkommen für „nichtig“ erklärt.

Erfreuliche Fortschritte in Paris

Deutsche Delegation erstattet Zwischenbericht
Bonn (UP). Die deutsche Schumanplan-delegation wurde jetzt wieder in Bonn zurückerwartet, sagte ein Sprecher der Regierung und betonte, daß bei den bisherigen Verhandlungen weiterhin gute Fortschritte erzielt wurden. Vor allem seien einzelne Bestimmungen für den geplanten Staatsvertrag zwischen den sechs beteiligten Mächten weiter ausgearbeitet worden. Ferner seien die Funktionen und Rechte der Hohen Behörde, die der Montanunion vorstehen soll und die Probleme des gemeinsamen Marktes näher definiert worden. Die deutsche Delegation wird, wie weiter verrietet, erneut den Sachverständigenausschüssen über den Stand der Verhandlungen Bericht erstatten.

US-Gnadenausschuß arbeitet

Jeder Bittsteller wird gehört
Frankfurt (UP). Die Mitglieder des beratenden Gnadenausschusses für Kriegsverbrecherverfahren, der Präsidialrichter des Obersten New Yorker Berufungsgerichtes, Peck, der Vorsitzende des Paroleausschusses des Staates New York, Moran, und der Rechtsberater des amerikanischen Außenministeriums, Brigadegeneral Snow, sind in Deutschland eingetroffen und haben ihre Tätigkeit in München bereits aufgenommen. Die Arbeit des Ausschusses befaßt sich nicht mit den Entscheidungen der Gerichte, sondern mit den Gesichtspunkten, die üblicherweise bei Gnadensuchen Erwägung finden. Etwa hundert verurteilte Kriegsverbrecher, die sich gegenwärtig in Landsberg befinden, dürften von dem Gnadengesuchrecht Gebrauch machen.

Vertrauenskundgebung für Gereke

Gründung einer neuen Partei?
Lüneburg (UP). Zu einer Vertrauenskundgebung für den ehemaligen niedersächsischen Landwirtschaftsminister Dr. Gereke wurde eine Versammlung in Ulsen, in der der Ex-Minister die Gründe für seine Verhandlungen mit den Ministern der Ostzone vor Vertretern verschiedener Parteien und bisher politisch abseits stehenden Personen darlegte. In seinen Ausführungen, die oft von Beifall unterbrochen wurden, nannte Dr. Gereke als seinen obersten Grundsatz das Bekenntnis zum gesamtdeutschen und sozialen Gedanken. Nach der Kundgebung wurde im inlerten Kreis ein Ausschuß gebildet, der mit anderen Gruppen „ledersachsens Fühlung aufnehmen soll, um die Gründung einer neuen Partei vorzubereiten.“

Der alte Lord Vansittart

Sein Wunsch: Atombombe an der Elbe
London (UP). Die Situation in Korea habe noch nicht den Punkt erreicht, wo der Abwurf einer Atombombe gerechtfertigt sei, erklärte Lord Vansittart, ehemaliger Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, in einer Rede vor der Londoner Handelskammer. — „Sollten andererseits die sowjetischen Armeen die Elbe überschreiten und in Westeuropa einfallen, so sollten wir meiner Ansicht nach nicht zögern, die Atombombe anzuwenden“, erklärte Lord Vansittart.

900-Jahrfeier der Stadt Nürnberg

Nürnberg (UP). Mit einem Festakt im Nürnberger Opernhaus eröffnete die Stadt Nürnberg die Feierlichkeiten aus Anlaß ihres 900-jährigen Bestehens. Viele Gäste aus dem In- und Ausland waren aus diesem Anlaß nach Nürnberg gekommen. Oberbürgermeister Dr. Ziebell betonte in seiner Festansprache die Bedeutung Nürnbergs in Vergangenheit und Gegenwart, und kündigte an, daß der Bundesdisziplinarkhof in absehbarer Zeit in Nürnberg seine Heimstätte finden solle. Im Anschluß an die Eröffnungsfestlichkeiten fuhr eine fünf Kilometer lange Autokette von Regierungswagen und Fahrzeugen prominenter Persönlichkeiten zum Ausstellungsgelände der Jubiläumsausstellung „900 Jahre Nürnberg“ in der Kongreßhalle des früheren Reichsparteitagsgeländes. Neben der historischen Schau und einer Sonderausstellung von Bahn und Post sind auf der Nürnberger Jubiläumsausstellung über 250 Nürnberger Firmen mit Ausstellungsständen vertreten.

Großer Tag der Thurn und Taxis

Regensburg (UP). Der 15. Juli wird die Träger eines der glanzvollsten Namen des deutschen Adels zu einem dreitägigen Fest in Regensburg vereinen. Fürst Albert von Thurn und Taxis und Fürstin Margarethe, geborene Erzherzogin von Österreich feiern ihr diamantenes Hochzeitsjubiläum. Prinzessin Fernanda, die Tochter des Erbprinzen von Thurn und Taxis, wird mit dem Prinzen Franz-Joseph von Hohenollern-Sigmaringen vermählt. Schließlich feiert Fürstin Margarethe an diesem Tag ihren achtzigsten Geburtstag. Bereits am 14. Juli huldigten die Stadt Regensburg und ihre Bürger dem alten Fürstenpaar und ehrten sie durch die Verleihung der Ehrenbürgerurkunde. Die Thurn und Taxis sind mit vielen großen Häusern verbunden.

150 Tote des Eisenbahnunglücks

Berlin (UP). Nach einer Meldung der „Neuen Zeitung“ hat das schwere Eisenbahnunglück bei Wildenfels im Urangelbiet wesentlich mehr Opfer gefordert, als die zuständigen Stellen bekanntgegeben hatten. Ein Bergarbeiter habe erklärt, die Zahl der Toten betrage 150 und die der Schwerverletzten weit über 100.

Aus der badischen Heimat

Die Heidelberger und Mannheimer Theater
Der Heidelberger Stadtrat beschloß in öffentlicher Sitzung mit großer Mehrheit, das städtische Theater und das Orchester in der bisherigen Form weiterzuführen.

Preispruch im Straßenbahnprozess
Mannheim (Wvb). Der Straßenbahnführer Karl Bauer, der wegen fahrlässiger Tötung und Transportgefährdung angeklagt war, ist vom Mannheimer Landgericht freigesprochen worden.

Künstler sollen für Altbaden werben
Baden-Baden (Wvb). Der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Badener fordert die badischen Künstler auf, in Plakaten, Werben oder Skizzen für Werbewerke aller Art dem Gedanken der Notwendigkeit der Wiederherstellung Badens künstlerischen Ausdruck zu geben.

Prozeß gegen Erbsgermörder
Offenburg (ZSH). Vor dem Schwurgericht Offenburg beginnt am Montag der Prozeß gegen den 57-jährigen Heinrich Schulz, der im Jahre 1921 gemeinsam mit Tillessen den damaligen Reichsfinanzminister Erbsgerger durch mehrere Schüsse ermordete und seinen Begleiter, Ministerialrat Dietz, schwer verletzte.

Caritasverband zur Umsiedlung
Freiburg (Wvb). Der deutsche Caritasverband in Freiburg schreibt in seinem Presse-dienst über die Umsiedlung der Vertriebenen in die Länder des französischen Besatzungsgebietes: Sehr viele Umsiedlungsbe-werber hätten den Wunsch, in eine Gegend versetzt zu werden, die in ihrem Charakter

ihre religiösen Einstellung, entspreche. Die Berücksichtigung der konfessionellen Wünsche, wie sie in den Richtlinien der Bundesregierung vorgesehen sei, setze in starkem Maße die Mitarbeit der Kirche und der konfessionellen Wohlfahrtsverbände voraus.

Südweststaat schützt vor Existenznot
Dr. Müller vor führenden Katholiken
Freiburg (Wvb). Der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern, Dr. Gebhard Müller, sprach in Freiburg vor katholischen Persönlichkeiten der Stadt über das Thema „Was bedeutet der Südweststaat für uns Katholiken?“

Dr. Müller sagte, eine Änderung der Diözesan-Grenzen brauche durch den Südweststaat nicht einzutreten, wie dies vielfach behauptet werde. Der künftige Südweststaat habe nach den geltenden Verfassungen und Konkordaten kein Recht, die Diözesangrenzen zu ändern.

Mit politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und verwaltungsmäßigen Argumenten trat Staatspräsident Müller für die Bildung des Südweststaates ein. Er stellte dabei die Existenznot der kleinen Länder in den Vordergrund und meinte, wenn sich nicht die großen Länder im Bund verkleinern wollten, dann bleibe den kleinen Ländern nichts anderes übrig, als sich zu vergrößern, weil sie sonst nicht mehr zur Geltung kämen.

Südweststaatsidee verliert an Boden

Karlsruhe (Wvb). Auf eine an 60 Persönlichkeiten der nordbadischen Landesbezirksverwaltung, der Kreis- und Stadtverwaltungen gerichtete Umfrage einer amerikanischen Dienststelle in Karlsruhe über die Aussichten der Südweststaats-Volkbefragung haben nur 18 Personen geantwortet. Fünf der Befragten sagten einen knappen Sieg der Südweststaatsidee voraus, sechs waren der Meinung, daß bei der Volksbefragung die Wiederherstellung der alten Länder gewünscht werde, und sieben Personen bezeichneten den Ausgang der Volksbefragung als offen.

In einem Kommentar der amerikanischen Dienststelle in Karlsruhe zu der Befragung heißt es unter anderem: „Die Standpunkte scheinen sich gefestigt zu haben. Es ist aber festzustellen, daß die Südweststaat-Anhänger etwas spät aufgewacht sind und ihre Propagandamaschine erst noch auf Touren bringen müssen.“

Knabenmord von Lörrach aufgeklärt
Lörrach (Wvb). Am 5. April dieses Jahres wurde der 12-jährige Sohn eines Landwirts im Neuschlober ermordet. Bei dem Mörder handelt es sich um den Flüchtling Josef Ludy, der sich unter falschem Namen in Südbaden aufhielt und in die Ostzone geflohen war. Dort konnte er gefaßt werden.

Aus den Nachbarländern

Lebensmittelhandel lehnt Preiserhöhungen ab

Stuttgart (Wvb). Die württemberg-badischen Verbände des Lebensmittel-Einzel- und Großhandels veröffentlichten eine Erklärung zu der Frage der Lebensmittelpreise. Der Lebensmittelhandel lehne ungerechtfertigte Preiserhöhungen entschieden ab. Wenn aber die Preise für alle aus Getreide hergestellten Erzeugnisse als natürliche Folge der von der Bundesregierung verfügten Erhöhung des Getreidepreises um rund 20 Prozent entsprechend angestiegen seien, so sei der Lebensmittelhandel dafür nicht verantwortlich.

Bei anderen einflussreichen Erzeugnissen seien die Preise von den Schwankungen der Weltmarkt abhängig. Man dürfe — so schließt die Erklärung des Lebensmittelhandels — nicht einen ganzen Berufsstand dafür verantwortlich machen, wenn es Einzelerhöhungen und unangereicherter Preis-erhöhungen und Übervorteilungen gebe. Die

Siedlungswerke schließen sich zusammen

Karlsruhe (Wvb). Das Siedlungswerk „Neue Heimat“ für Nordbaden und die „Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Hilfswerks der evangelischen Kirchen in Deutschland“ haben sich in Karlsruhe zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Appell an den gesunden Menschenverstand

Karlsruhe (UP). Auf einer Kundgebung der „Deutschen Friedensgesellschaft“ in Karlsruhe appellierte vor rund tausend Personen der Vorsitzende des Karlsruher Friedensringes, Professor Jörger, an den gesunden Menschenverstand der Politiker, dem Ruf der Völker nach Frieden stattzugeben.

„General Pitt“ kommt vor den Richter

Karlsruhe (Wvb). Der als „General Pitt“ bekannte gewordene Hochstapler Pitt Seeger aus Karlsruhe ist am Freitag der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Seeger wird sich in Karlsruhe wegen Hochstapels und Betrugs zu verantworten haben.

Preisänderung solle man ruhig beim Namen nennen, und zwar sowohl die Verkäufer als auch die Verbraucher.

Unterbringung von Spruchkammerangehörigen

Stuttgart (Wvb). Der Stuttgarter Senat des Verwaltungsgerichtshofes von Württemberg-Baden hat aufgrund eines von der Stadt Heidenheim eingeleiteten Normenüberprüfungsverfahrens entschieden, daß zur Freimachung von Stellen für ehemalige Spruchkammerangehörige im öffentlichen Dienst keine vom Befreiungsgesetz belasteten Personen entlassen werden dürfen.

Die Steuerrechnung beim Einkauf

Stuttgart (Wvb). Nach einer Aufstellung des Bundes der Steuerzahler in Württemberg-Baden entfallen bei einem Einkauf von einer DM nicht weniger als 37 Pfennige auf Steuern. Als Beispiel führt der Bund der Steuerzahler einen Einkauf zum Verbrauchspreis von 14,38 DM an.

Bauernverband fordert neues Jagdgesetz

Stuttgart (Wvb). Ein neues Jagdgesetz für Württemberg-Baden verlangt der Bauernverband in einem Schreiben an das Landwirtschaftsministerium. Das Jagdgesetz müsse dafür sorgen, daß die Freiheit des Bauern nicht der „jägerlich-sportlichen Willkür“ geopfert werde.

Lokomotivführer Märkle übersah das Signal

Reutlingen (Wvb). Der 55-jährige Lokomotivführer Karl Märkle, der als Führer des Ende Juni auf dem Bahnhof Betzingen verunglückten Personenzuges festgenommen worden war, ist dieser Tage aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Pension Claudius
Kriminalroman von Hans Otto Stehle

28. Fortsetzung
Er brach ab und starrte wie geistesabwesend vor sich hin. Ein paar mal setzte er zum Sprechen an. Es kam nichts heraus. Aber schließlich brachte er den Satz doch über die Lippen.
„Manchmal muß ich an die Geschwister Deeg denken.“
„Was haben die mit der Angelegenheit zu tun?“
„Sie lieben Christine leidenschaftlich. Da wäre es doch möglich...“

Der Anwalt, biß sich auf die Lippen. Am liebsten wäre er in den Erdboden versunken.
„Sie richtete Ihre besaubernden dunklen Augen auf ihn, verzog den Mund und stieß ein spitzes Gelächter aus. Sie nahm ohne Umstände auf einem Stuhl dicht neben ihm Platz. Hilfloß, mit verkrampften Händen, sah Wenk da. Pausewang weidete sich an diesem Anblick und setzte sich behaglich auf seinen Stuhl, stopfte die Pfeife und ließ Rauchwolken zur Decke steigen.“

„Sie verdächtigen mich“, ergriff jetzt Vio das Wort, und ihre Augenbrauen schienen in die Höhe zu steigen. „Das habe ich mir gedacht. Etwas Klügeres fällt Ihnen nicht ein. Wahrscheinlich finden Sie es noch außerdem über die Maßen auffällig, daß ich hier plötzlich auftauche. Habe ich nicht recht?“
Wenk senkte betroffen den Blick, beeilte sich aber dann, ihn wieder zu heben. „Ich... ich bin natürlich überrascht“, stotterte er. „Sie hier zu sehen. Das hätte ich nicht erwartet. Im übrigen sprach ich keinen Verdacht gegen Sie aus. Herr Pausewang muß mich mißverstanden haben. Im Gegenteil — mir liegt daran, daß... daß...“ Wenk wollte sagen: daß Sie unbescholten sind, behielt es aber für sich, da er fürchtete, erneut Mißfallen zu erregen.

„Lassen Sie nur“, wehrte Vio Deeg hochmütig ab. „Ihre Freundschaft mit dem Kommissar spricht Bände. Es ist mir gegangam bekannt, daß Sie Tag und Nacht mit ihm zusammen stecken. Ich habe Sie verkannt, mein Herr. Meine und meiner Schwester Sympathie für Sie...“ Sie verschluckte den Rest und begann einen neuen Satz. „Nur meine Anwesenheit hier will ich Ihnen erklären. Ich kenne Herrn Pausewang länger als Sie. Er ist ein Freund von Lil und mir, wenn Sie erlauben können, was das bedeutet. Wir kennen ihn fast so lange, wie Christine ihn kennt. Vielleicht stellt Sie das zufrieden.“

Hier schaltete sich Pausewang vermittelnd ein. „Nun, nun, Fräulein Vio“, begütigte er. „Unser Herr Wenk ist kein über Mensch. Denken Sie sich, er hat sich bereit erklärt, Ryans Prozeß wieder aufleben zu lassen und

für einen Preispruch zu plädieren. Nicht wahr, Herr Wenk?“ Pausewang blinzelte dem Anwalt vielsagend zu.

Aber Wenk blieb völlig ernst. „Jawohl“, bestätigte er gelassen, obwohl nichts dergleichen abgemacht worden war, „ich hege diese Absicht. Wenn Sie es wissen wollen: um Christines willen! Und für heute abend bitte ich mich zu entschuldigen.“

Er erhob sich, verneigte sich steif (mit einem Blick auf Vio Deeg) und schritt zur Tür.

Kommissar Kersten erlebte eine Überraschung. Als er am anderen Morgen das Frühstückszimmer verließ, trat der Naturforscher auf ihn zu und bat um eine Unterredung unter vier Augen. „Vielleicht gleich nebenan im Schreibzimmer, es ist leer“, fügte Jellineck hinzu und ging, ohne auf Zustimmung zu warten, voraus. Er nahm am Schreibtisch Platz, während sich Kersten auf einem Klavierhocker niederließ.

„Sie haben mich da neulich verhöört“, begann Jellineck ohne Umschweife und sprach so schnell, als ob er eine unangenehme Beichte abzuliegen hätte und die Sache möglichst rasch loswerden wollte. „Und ich habe Ihnen von einem Paar berichtet, das mir in der Nacht entgegenkam.“

„Jawohl“, versetzte Kersten gleichmütig. Sie konnten nicht erkennen, wer die beiden waren. Es war zu dunkel. Nicht wahr — so sagten Sie doch.“

„So sagte ich. Richtig. Ich habe aber nochmals mein Gedächtnis erfrischt. Ich bemerke, daß in der Pension unangenehme Dinge vor sich gehen, die mich bedenklich stimmen. Herr Kommissar, man mißtraut einander. Die Menschen, die bisher im besten Einvernehmen miteinander lebten, hegen plötzlich gegenseitig Verdacht. Mir kommt es wenigstens so vor. Ja, und da habe ich mir nochmals den Kopf zerbrochen.“

„So. Und ist Ihnen etwas eingefallen?“
„Ja.“
„Wer war es denn?“
Dr. Jellineck ließ sich jedes Wort erst mühsam abringen. Er legte nochmals eine Kunst-

pause ein. Dann aber antwortete er: „Ich erkannte Lotte Claudius.“

„Ach, die Tochter unseres Wirts?“

„Ja. Ich war im Augenblick selber überrascht. Mit wem geht sie da so spät spazieren, fragte ich mich. Und ich streifte meine Augen an, um den Begleiter zu erkennen.“

„Aber!“

„Leider mißlang es. Der Herr hielt den Kopf gesenkt, und es war eben — trotz des schwachen Mondscheins — doch zu dunkel. Ich hatte den Eindruck, daß er lebhaft auf Lotte einsprach. Er war nicht viel größer als seine Begleiterin, und mir kam es so vor, daß ich ihn noch nie gesehen hätte. Aber natürlich ist das nicht ganz sicher.“

Eine Weile herrschte Schweigen.

„Und wo gingen die beiden hin?“ fragte Kersten.

„Ins Wäldchen. Das sagte ich Ihnen schon. Mehr weiß ich nicht. Ich hatte ja keine Ursache, ihnen zu folgen.“

„Ihre Neugierde könnte Sie dazu bewegen haben.“

„Herr Kommissar!“ beehrte Jellineck auf. „Sie unterstellen mir Dinge, die in keiner Weise stimmen.“

„Wieso? Als ich Sie zum erstenmal vernahm, wollten Sie doch niemand erkannt haben! Nun wissen Sie plötzlich, wer das Mädchen war. Sie haben mich belogen.“

„Das ist nicht wahr! Ich habe mich nach reiflichem Nachdenken wieder an das Gesicht erinnert.“

„Vielleicht denken Sie nochmals ein wenig nach. Und sagen mir dann, wer der Mann war.“

„Ich bedaure. Wenn Sie mir so kommen, verweigere ich jede weitere Aussage.“

„Hm. Lassen wir den Streit. Jedenfalls haben Sie nachträglich wenigstens etwas gut gemacht. — Kennen Sie eigentlich Lotte Claudius näher?“

„Nein. Ich sah sie nur gelegentlich.“

„Ist sie vielleicht das, was man ein „leichtes Mädchen“ nennt?“

(Fortsetzung folgt)